

Verband begrüßt Bauänderung

[18.11.2025] Der Bundestag erleichtert den Bau von Strom-, Wärme- und Wasserstoffspeichern: Eine Änderung des Baurechts und neue Regeln zur Netzentgeltbefreiung sollen Projekte beschleunigen und wirtschaftlicher machen. Der Bundesverband Solarwirtschaft begrüßt die Beschlüsse und sieht darin einen Schub für den Speicherausbau.

Mit einer Änderung des Baurechts schafft der Bundestag nach Angaben des [Bundesverbands Solarwirtschaft \(BSW-Solar\)](#) neue Voraussetzungen, damit Speicher für Strom, Wärme und Wasserstoff schneller realisiert werden können. Wie der Verband berichtet, ist im Bundestag Anfang November eine Beschlussvorlage verabschiedet worden, die der Wirtschaftsausschuss gebilligt hat und voraussichtlich noch dieses Jahr in Kraft tritt. Kern der Reform ist die Aufnahme von Speichern in die Liste der im Außenbereich zulässigen Maßnahmen nach Paragraf 35 Baugesetzbuch. Das vereinfache die Genehmigungen und erhöhe die Rechtssicherheit, erklärte BSW-Hauptgeschäftsführer Carsten Körnig. Dadurch falle eine Hürde, die den Ausbau von Batterie- und Wärmespeichern bislang gebremst habe.

Zugleich wurde das Energiewirtschaftsgesetz geändert. Nach BSW-Angaben beendet die neue Fassung von § 118 Abs. 6 die Benachteiligung von Speichern, die sowohl Eigenstrom als auch Netzstrom nutzen. Bislang waren nur solche Anlagen von Netzentgelten befreit, die bezogenen Strom vollständig ins Netz zurückspiesen. Für Multi-Use-Speicher, die Photovoltaik, Kundenanlagen und Netzdienstleistungen kombinieren, sei die Erweiterung der Netzentgeltbefreiung daher entscheidend. Körnig betonte, solche Speicher könnten die Anschlusskapazitäten effizient nutzen und Spitzen bei Einspeisung und Strombezug glätten, was Netzstabilität und Strompreise entlaste.

Nach Verbandsangaben entfallen derzeit etwa 85 Prozent der rund 25 Gigawattstunden installierten Batteriespeicherkapazität in Deutschland auf reine Eigenversorgung in Haushalten sowie in Gewerbe und Industrie. Wie schnell diese Kapazitäten künftig auch dem Stromsystem dienen, hänge von der praktischen Umsetzung der neuen Regeln ab. Speicher seien für das Gelingen der Energiewende unverzichtbar und könnten ihre Rolle als Effizientreiber nun besser ausspielen, so der Verband.

Unabhängig davon fordert der BSW-Solar ein Ausbauziel von 100 Gigawattstunden bis 2030. Um dieses Niveau zu erreichen, müsse vor allem der Zubau großer Speicheranlagen steigen. Dazu seien weitere Verbesserungen beim Netzanschluss nötig, betont der Verband.

(th)

Stichwörter: Politik, Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar)